

Reichstagsauschuß für die Wohnungsfrage.

N. Berlin, 27. März. (Priv.-Tel.) Der Reichstagsauschuß für die Wohnungsfrage beriet einen Petitionsantrag auf Vereinigung des Reiches, der Einzelstaaten, Gemeinden, Versicherungsanstalten usw. zu einem organischen Zusammenwirken für die Reichsgesetzliche Regelung des Wohnungswesens in Form eines Rahmengesetzes. Weiter soll eine Centralstelle für Wohnungsfürsorge im Reichsamt des Innern errichtet werden. Die Sozialdemokraten wünschen ein Reichswohnungsamtsamt. Die deutsche Fraktion batte eine Entschließung auf Einstellung von 40 000 Mark in den Etat zur Errichtung einer Beratungsstelle für den Kleinwohnungsbau und Einführung einer Reichswohnungsverversicherung eingebracht. Alle diese Anträge gingen an den Unterausschuß, der sie zusammenfassen und einen Arbeitsplan aufstellen soll. Der Ausschuß wird in nächster Zeit Besichtigungen von Arbeiterwohnungskolonien in Staaten bei Spandau und Essen a/Ruhr vornehmen.